

Korrespondenzen.

Berlin. (Bericht über die außerordentliche Vereinsversammlung vom 13. September.) Tagesordnung: 1. Antrag der Mitglieder der Zuschusskasse auf Gewährung eines Darlehens von 1000 Mk.; 2. Antrag der Herren Bestek und Deiters: Der Verein beschließt, der Zuschusskasse einen einmaligen Zuschuß von 1000 Mk. zu gewähren. Herr Dolinski, als Referent für den ersten Antrag, legte in längerer Rede die Motive klar, die seiner Zeit für Gründung der Zuschusskasse leitend waren. Er wies nach, daß der Verein der Gründer dieser Kasse, indem von ihm einberufene Versammlungen die Errichtung derselben ausgesprochen und auch die Statuten beraten hätten. Erst als behördlicherseits Einsprache gegen das Statut erhoben wurde, sei die ganze Angelegenheit der Zentralkasse überwiesen worden. Bedauerlich findet es Redner, daß diesem Vereinsbeschlusse so wenig Mitglieder Folge gegeben und durch Austritt aus der hiesigen Zwangskasse und Beitritt zur Zuschusskasse das Prinzip hochgehalten hätten, denn dann wäre die Zuschusskasse nicht in die Lage gekommen, mit einem Defizit arbeiten zu müssen, das ja erfreulicherweise noch äußerst gering zu nennen sei, noch dazu, wenn man bedente, daß wir mit einer Mitgliederzahl von nur 190 Mann angefangen und in einer Jahreszeit uns befänden, wo der Krankenstand ein äußerst großer und dadurch schon viele Klassen gezwungen seien, den Beitrag ihrer Mitglieder bedeutend zu erhöhen. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich noch viele Mitglieder von den Pflichten der Zwangskasse befreien und der Zuschusskasse beitreten, vor allem sei aber für den Augenblick der Hauptzweck, durch Bewilligung des beantragten Geldes letztere Kasse am Leben zu erhalten, später werde sie sich schon durch eigene Mittel zu helfen wissen. Wenn man bedente, daß der Kampf gegen die Ortskasse bereits seit den siebziger Jahren begonnen und gerade die Herren, die in letzter Zeit sich zu Verteidigern derselben aufspielten, damals meistens diejenigen waren, welche Front gegen diese Kasse machten, so müsse man sich höchlichst wundern, wenn besser seien die Verhältnisse bei derselben auf keinen Fall geworden, im Gegenteil, durch die jetzt stattfindenden Generalversammlungen, wozu nur Delegierte zugelassen werden, sei jede etwa noch existierende Selbstständigkeit lahm gelegt. Er richte die Bitte an die Versammlung, die beantragte Summe Geldes zu bewilligen, außerdem aber erlaube er die Kollegen dahin zu wirken, daß die Mitgliederzahl der Zuschusskasse sich vermehre und durch Austritt aus der Ortskasse dieser schließlich der Boden entzogen werde; es wäre das für unsre Selbstständigkeit und für unser Prinzip ein wesentlicher Fortschritt zum Besseren. — Herr Bestek begründet als Antragsteller des zweiten Antrags diesen mit der Motivation, daß, da der Verein der Vater der Zuschusskasse, es auch seine Pflicht sei, für sein Kind zu sorgen, bis es auf eigenen Füßen stehen könne, er erlaube die Versammlung, den von ihm gestellten Antrag anzunehmen und die Zuschusskasse dadurch in die Lage zu versetzen, weiter arbeiten zu können. Er wünsche das Geld nicht als Darlehen, sondern als einmaligen Zuschuß, da an ein Zurückzahlen vorläufig gar nicht gedacht werden könne, indem diese Kasse auf äußerst humanen Grundätzen basiere und alle diejenigen, welche sich zur Aufnahme gemeldet hätten, ohne Ausnahme aufgenommen habe ohne ein Gesundheitsattest zu verlangen, und demzufolge die Einnahmen gänzlich für Kranke verausgaben müßten. Er hoffe jedoch auf starken Mitgliederzuwachs im nächsten Quartal und zwar schon aus dem Grunde, weil wir uns von denjenigen loszagen müssen, die wirtschaftlich nicht zu uns stehen, die aber ebenfalls bei der Ortskasse versichert sind. Seiner Berechnung nach ist die Zuschusskasse sehr gut in der Lage, sich bei normalen Verhältnissen, wenn wir erst die jetzt äußerst ungeliebte Jahreszeit überstanden haben, aus eigenen Mitteln zu decken. Das Prinzip der Kasse hochgehalten werden und die 190 Mitglieder, die dem Beschlusse des Vereins Folge gegeben, dürfe man unter keinen Umständen fallen lassen. Der Verein wolle die Zuschusskasse, er wolle die Ortskasse nicht mehr und aus dem Grunde werde er die Zuschusskasse auch stützen müssen. — Es entspann sich eine längere, mitunter etwas erregte Debatte, in welcher die verschiedenartigsten Ansichten zutage traten und in welcher sogar gefordert wurde, man solle die Zuschusskasse fallen lassen und die Ortskasse stützen. Von den Freunden der Ortskasse wurde

ferner auf den Einwurf, daß die Zwangskasse bereits den gesetzlichen Maximalbeitrag von ihren Mitgliedern erhebe und doch noch nicht mit dem Geld anreiche, entgegnet, daß ihr immer noch das Recht zustehe, den Beitrag pro Mitglied um 4 Pfennige wöchentlich zu erhöhen; gewiß eine schöne Aussicht, wenn man bedenk, daß der Zuschlag für die Prinzipale um ebenfalls 2 Pfennige steigt und diejenigen, welche dann das Unglück haben konditionlos zu werden, Krankentassenrente in Höhe von wöchentlich 81 Pfennigen nachzuzahlen genötigt sind. Die Meinung in der Versammlung war eine geteilte, die Geister plagten aufeinander und wohl niemand verhehlte sich, daß der Ausgang dieser Versammlung das Geschick beider Kassen besiegele; der Sieg der einen bedingt eben den Niedergang der andern. Mit Spannung wurde das Resultat der Abstimmung erwartet. Es kam, der Antrag Bestek wurde von der Versammlung angenommen. Die Verkündigung des Resultats der Abstimmung rief einen anhaltenden Beifallssturm hervor, durch welchen diejenigen, die dafür gestimmt, anscheinend ihrer Freude Ausdruck geben wollten, daß das Prinzip der freien über die Zwangskasse den Sieg davongetragen, wenn auch mit schwacher Mehrheit.

Hannover. (Zum Gantagsberichte, Schluß.) Aus dem Bezirke Lüneburg wird berichtet: Ein reges Leben herrschte im diesseitigen Bezirk infolge vielfacher Zu- und Abreise, namentlich hervorgerufen durch die Einführung des Tarifs. Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 1884 37, am 1. Januar 1885 34 Mitglieder. Bewegungszustand: eingetreten 9, zugereist 37, abgereist 41, ausgeschloffen 7 (Restanten), gestorben 1 (Hirsfeld). Mehrere Aufnahmegeuche mußten wegen nichttarifmäßiger Bezahlung zurückgewiesen werden. Namhafte Erfolge sind auf dem Gebiete des Tarifs zu verzeichnen; haben augenblicklich doch sämtliche Mitglieder einer tarifmäßigen Bezahlung sich zu erfreuen. Leider haben wir in Freiburg a. G. die Mitglieder, welchen fortgesetzt das Minimum verweigert wurde, durch Abreise bez. Ausschlus eingebüßt. In den Orten Hermannsburg, Neuhaus a. G. und Walsrode, wo fast nirgends tarifmäßige Bezahlung vorhanden, zählen wir keine Mitglieder. In der königlichen Offizin hier am Orte haben zeitweise Mitglieder im Berechnen Kondition gefunden; das Minimum von 19,50 Mk. wird noch immer nicht gewährt. Früher standen durchschnittlich 4 Mitglieder dort. Aus Salzwehel ist von einer Anerkennung des Tarifs nur Ungünstiges zu berichten. In beiden Offizinen herrscht nach wie vor 11stündige Arbeitszeit. Die Bezahlung ist hier von allen Druckorten des Bezirks die schlechteste. In mehreren Orten scheint man wiederum zu billigen Arbeitskräften zu greifen, indem von Mitgliedern verlassene Stellen durch Gehilfen ausgefüllt werden, welche unter Minimum engagiert worden. Von 76 Gehilfen im Bezirk erhalten 35 über Minimum (25 Mitglieder), 13 das Minimum (8 Mitglieder), 21 unter Minimum (1 Mitglied, abgereist), 7 Gehilfen in Hermannsburg beziehen monatlich 51—96 Mk. Die Zahl der Druckereien des Bezirks ist durch Ueberweisung von Giffhorn an Hannover und Eingehen der Engelschen Offizin in Harburg von 19 auf 17 zurückgegangen. In den 12 Druckorten weist die Statistik 7 Prinzipale als gelernte Buchdrucker, 10 als Nichtbuchdrucker, 8 Faktore, 1 Korrektor, 57 Seher, 10 Drucker, 30 Lehrlinge auf. Die Zahl der Gehilfen ist gegen das Vorjahr gleich geblieben; die Lehrlinge dagegen haben zugenommen. Freiburg a. G., Hermannsburg und Soltau haben bei insgesamt 15 Gehilfen keinen Lehrling, Dannenberg, Wichow, Neuhaus, Salzwehel, Helzen, Walsrode und Wilsen bei 27 Gehilfen 21 Lehrlinge, Harburg bei 14 Gehilfen 6 Lehrlinge, Lüneburg bei 20 Gehilfen 3 Lehrlinge. Die Statistik über die Konditionslosigkeit der Buchdrucker wurde vom Salzweheler Wochenblatt bereitwillig aufgenommen. Die Zahlstelle Lüneburg wurde von 355 Reisenden (33 mehr als 1883) aufgeführt, welche insgesamt 1841,40 Mk. erboxen. Die Z. K. K. verausgabte 685,61 Mk. (inkl. 100 Mk. Begräbnisgeld); Invalidenunterstützung ist nicht verlangt. Die Gesamttausgabe stellte sich auf 2627,58 Mk.; zur Deckung mußte ein Zuschuß von 595,88 Mk. gewährt werden. Versammlungen wurden 9 abgehalten, darunter 1 außerordentliche und 1 Bezirksversammlung; der Besuch derselben läßt viel zu wünschen übrig. Ansehnlich vermehrte sich die Bibliothek des Ortsvereins durch vielfache Geschenke und Anschaffung aus eigenen Mitteln. Ortskassenbestand am 1. Jan. 1885 94,28 Mk. Die Großsche Offizin in Neuhaus

siedelt demnächst nach Bielefeld über, woselbst das Kreisblatt des neuen Kreises Bielefeld hergestellt werden soll. Ein ergiebiges Feld zur Gewinnung von Mitgliedern bliebe dem Verein in Harburg offen. Von den dortigen Kollegen wird einzig und allein über zu „hohe“ Steuern getlagt; die Leistungen der einzelnen Klassen werden jedoch nicht in betracht gezogen. — Aus dem Bezirk Osnabrück wird berichtet: Seit unserm letzten, dem vorjährigen Gantag erstatteten Berichte haben sich die Druckereiverhältnisse in Osnabrück wesentlich geändert. Die Geringste Druckerei ist in den Besitz der Herren Meinders & Elstermann übergegangen und bedeutend erweitert; während in derselben früher nur 1—3 Gehilfen (meist Nichtvereinsmitglieder) beschäftigt wurden, beläuft sich jetzt, infolge Herausgabe einer täglichen Zeitung, die Zahl auf 12—13 (sämtlich Vereinsmitglieder); außerdem ist vom Buchhändler Herrn Wehberg eine neue Druckerei eingerichtet, in welcher 3—4 Gehilfen (1 Vereinsmitglied) Beschäftigung finden sowie ferner ein Teil der Scholtenischen Druckerei von Lengerich mit 3 Gehilfen und einem zweimal wöchentlich erscheinenden Blatte nach hier übergesiedelt. Die Zahl der Druckereien ist damit auf 7, die der Gehilfen auf beinahe 60 gestiegen. Infolge dieser Veränderungen und einiger Neuaufnahmen hat die Mitgliederzahl erheblich zugenommen und konnten wir am Schlusse des ersten Quartals d. J. 49 Mitglieder als Bestand verzeichnen, gegen 33 Mitglieder am Schlusse des ersten Quartals des Vorjahres. Mit Ausnahme eines Mitgliedes in Nelle besteht der Bezirksverein nur aus Mitgliedern des Vorortes. Inzwischen ist Haselünne mit einem Mitgliede dazu gekommen. So wie wir über Erweiterung der Arbeitsgelegenheit, Vermehrung der Mitgliederzahl günstig berichten, können wir dies auch bezüglich Verbeßerung der Lohnverhältnisse; auch die Verhältnissverhältnisse scheinen sich in Zukunft besser zu gestalten, indem, sofern wir recht unterrichtet sind, die Neueinstellungen zum diesjährigen Ostertermine die Zahl der letzten Jahre nicht übersteigen werden, trotz der oben erwähnten Ausdehnung des Gewerbes. Die Lohnverhältnisse haben sich insofern gebessert als jetzt kein Mitglied mehr unter dem Minimum arbeitet. Die im vorigen Jahre zur Erreichung dieses Zieles ergriffenen Maßregeln sind von Erfolg gewesen, obwohl sie uns auch den Verlust von zwei Mitgliedern gebracht haben. Abgesehen von diesen beiden Fällen, haben alle Gehilfen in den älteren Geschäften tarifmäßige Bezahlung erhalten, während in den oben zuletzt genannten beiden neueren Druckereien nur 1—2 sich dieses Vorzugs erfreuen. Die stetige Zunahme des Vereins hat denn auch endlich zur Beseitigung der hierorts noch vorhanden gebliebenen Quatumskasse der sogenannten „Freien Vereinigung“ geführt sowie zur Auflösung der gemeinschaftlichen Kranken- und Invalidenkasse der Klüsingischen und Nolteschen Offizinen, für welche drei Klassen bis dahin der Beitrittszwang als Konditionsbedingung in diesen beiden Offizinen bestand. Das vorhandene Barvermögen haben sich die derzeitigen Mitglieder geteilt. Das Vereinsinteresse der Mitglieder ist fortwährend ein reges und äußert sich besonders auch in dem guten Besuche der allmonatlich stattfindenden Versammlungen. Aus den Verhandlungen in denselben heben wir, als den Gantag besonders interessierend, die Beratung über den vorjährigen Gantagsbeschlus bezüglich der Frage: „Wie sind Ersparnisse in der Verwaltung zu erzielen?“ hervor. Der Verein ist nicht in der Lage ein Mittel anzugeben, wodurch eine Ersparnis in dem Maß eintreten könnte, daß eine Herabsetzung des wöchentlichen Beitrags eintreten würde und hält auch das in Vorschlag gebrachte Mittel: „Die Gantage zu beseitigen oder in längeren als jährlichen Zwischenräumen abzuhalten“ nicht für so weittragend, daß dadurch eine Beitragsermäßigung erzielt werde; die geringen Ersparnisse, welche eine solche Maßregel bringen würde, wiegen nach unsrer Ansicht nicht die dadurch für das gesamte Vereinswesen entstehenden Nachteile auf. Die Gantage haben sich bis dahin überall bewährt, zur Weckung, Förderung und Erhaltung des Vereinsinteresses wesentlich beigetragen und können nach unsrer Meinung nicht entbehrt werden, wenn nicht die Gesamtorganisation darunter leiden soll. Die an Stelle der Gantage in Aussicht genommenen Bezirksversammlungen halten wir nicht für einen Ersatz der Gantage; auch würde durch eine solche Maßregel der eigentliche Zweck derselben: „Ersparung in der Verwaltung“, vollständig verfehlt, denn auch die Bezirks- und

Bezirksvorstände-Versammlungen sind mit nicht unbedeutenden Kosten verknüpft. Das Wort „Gautag“ würde allerdings dann aus unseren Abrechnungen verschwinden, aber nicht die sonst damit in Verbindung stehenden Ausgabenposten.

H. Kaufmann, 7. September. Am 1. September feierte unser Kollege Josef Rißle in der Dornschänke in Offizin dahier sein 25jähriges Berufsjubiläum. Sämtliche Kollegen der beiden hiesigen Offizinen vereinigten sich zu einem gemüthlichen Festabende, bei welcher Gelegenheit der Jubilar seitens der Gehilfenschaft mit einer wertvollen, geschmackvoll bezierten Schnupftabakdose bedacht wurde, während sein früherer Faktor und jetziger Prinzipal der zweiten Offizin hier ihm ein Kistchen seine Habanna-Zigarren überreichte. — Ueber die Vereinsverhältnisse läßt sich von hier nicht viel berichten. Zu einem Ortsverein ist keine rechte Aussicht, da noch einzelne Gehilfen dem U. B. fern stehen und aus diesen oder jenen Gründen sich nicht bewegen lassen können oder wollen, dem Vereine beizutreten. In beiden Druckereien wird der Tarif bezahlt, dagegen in der lithographischen Anstalt von Hans Kohler, welche auch Buchdruckerei betreibt, nicht; es ist auch von den zwei dort beschäftigten Gehilfen keiner im Vereine. Die Lehrlingszahl am hiesigen Orte läßt eine Reduktion wünschenswert erscheinen. Noch schlimmer freilich dürfte es in den benachbarten Druckorten Kempten, Memmingen u. s. w. stehen. Zur Charakteristik sei noch erwähnt, daß gegenwärtig ein Gehilfe hier fonditioniert für 9 Mk. pro Woche ohne Kost und Logis. In der Borchert & Schmid'schen Druckerei hatte er sich sogar um die Kost angetragen, sein Anerbieten wurde aber dreimal abschlägig beschieden.

G. V. Leipzig, 23. August. Die Tagesordnungen der in den Monaten Juli und August abgehaltenen zwei Hauptversammlungen behandelten: Vereinsmitteilungen; Bericht der Delegierten des Gauvereins über die in Weimar stattgefundenen Verhandlungen der Wiedervereinigung des B. u. B. G. mit dem U. B. D. B.; Kassenbericht über das 2. Quartal und Fragekasten. — Unter Vereinsmitteilungen wird den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß das diesjährige Sommerfest den früher abgehaltenen gegenüber durch die Anstellung von Kindergärtnerinnen für die Kinderspiele vervollständigt werden würde. (Das auf den 26. Juli festgesetzte Sommerfest schien diesmal nicht von dem Wetter begünstigt werden zu sollen, welches zur Abhaltung eines derartigen Festes als geeignet bezeichnet werden kann, d. h. durch Sonnenschein und blauen Himmel. Doch klärte sich das Wetter gegen 1 Uhr mittags auf und nach kurzer Zeit gelangten auch die ängstlichsten Wetterpropheten zu der Ueberzeugung, daß das Gartenvergnügen des Sommerfestes gerettet sei. Um kurz an dieser Stelle zu sein, teilen wir nur mit, daß die Durchführung des Musikprogramms, das Preislegespiel der Herren und die Damenlotterie zur vollsten Zufriedenheit ausfielen und nur bei den Kinderspielen der unerwartete Andrang die Maßregeln des Vorstandes in etwas vereitelte, doch wurde schließlich auch in dieser Beziehung einigermaßen Abhilfe geschaffen. Ein Feuerwerk im kleinen benedigte das Gartenfest, an welches sich ein Tanzvergnügen angeschlossen, das die Mitglieder und Gäste bis in die späte Nacht fröhlich beisammen hielt. Trotz der bedeutenden Ausgaben, welche dieses Fest verursachte, konnte immer noch ein kleiner Ueberschuß verzeichnet werden.) Weiter wird unter Vereinsmitteilungen den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß für die seinerzeit durch eigenes Verschulden des betreffenden Mitgliedes unterfühlungsverlustig zurückgelassene Frau verwitwete Schneider die freiwillig veranstaltete Sammlung die Summe von 527,35 Mk. ergab und als geschlossen betrachtet wird. Der Vorstand der Zweiten Klasse in Leipzig wendete sich in einem Schreiben an den Vereinsvorstand behufs Anschluß an die Kassen des U. B. D. B.; ferner kommt zur Kenntnis, daß auch die Schriftleiter Leipzigs, soweit sie nicht schon Mitglieder der Zentralkassen des U. B. und der Lokalkassen sind, sich mit Vereinigungsfragen tragen. Einer der wichtigsten Paragraphen der Statuten unserer Organisation ist unstreitbar der § 2. Die Mitglieder hatten Gelegenheit, bei einem Vorkommnis in der Druckerei L. & B. sich darüber zu orientieren, auf welche Weise man sich selbst schädigen kann. In genannter Offizin war bis in die jüngste Zeit die offizielle Anerkennung des Tarifs verweigert worden, aber trotz Hinweis auf diese Sachlage durch den Corr. fanden sich immer wieder Mitglieder, welche die Arbeit dabeist aufnahmen. Mag nun das Verlassen einer derartigen Kondition präzisert werden wie es wolle, immer werden sich solche Mitglieder selbst schädigen, vorzüglich dann, wenn, wie in einem der letzten Versammlungen vorliegenden Falle, die persönliche Verzichtleistung auf die Unterstützung nach § 2 bei Uebernahme derartiger Kondition ausgesprochen wird. Der Vorstand hatte

sich veranlaßt gesehen, bezüglich erwähnter persönlicher Verzichtleistung ein von genannter Firma entlassenes Mitglied als nicht unterstützungsberechtigt nach § 2 zu bezeichnen. Dasselbe wandte sich an die Versammlung und diese beschloß nach lebhaften Erörterungen die Anerkennung der Unterstützungsberichtigung. (? Red.) Hierbei muß erwähnt werden, daß die Firma L. & B. sich veranlaßt gefunden hat, nimmend den Tarif offiziell durch ihre Unterschrift anzuerkennen. Damit wären die Vereinsmitteilungen der beiden Versammlungen erledigt. Als Berichtserstatter über die Beschlüsse der Konferenz zu Weimar trat in der Versammlung vom 10. Juli Herr Härtel auf, welcher in ausführlicher Weise die schon im Corr. veröffentlichten Beschlüsse vortrug. Die hierauf vorgenommene Abstimmung über die erzielten Resultate ergibt einstimmige Annahme derselben durch die Versammlung. Bezüglich der Vereinigung der Lokalkassen des B. u. B. G. mit den Lokalkassen des Gauvereins, mit welchen sich die Konferenz nicht eingehender beschäftigt hat, tritt eine Mißstimmung der Versammlungsbesucher offen zu Tage, welche ihre Begründung seitens einiger Mitglieder insofern erhält, als einestheils gewünscht wird die Sache energischer zu betreiben, andernteils hauptsächlich hervorgehoben wird, daß die Vereinigung keinen Uebertritt, sondern eine Verschmelzung zum Ausgang haben solle. Ein von Herrn C. eingebrachter Antrag, dahin lautend: „Der Gauvorstand wird beauftragt, die Einigungsfrage bez. der Lokalkassen mit dem Vorstande des B. u. B. G. selbständig zu regeln und das Resultat einer Generalversammlung des Gauvereins zu unterbreiten, welche endgültig entscheidet“, wird nach kurzer Debatte angenommen. — Der von dem Kassierer vorgelegte Kassenbericht ergibt, daß außer der freiwilligen Kranken- und Begräbniskasse alle Lokalkassen Ueberflüsse erzielt haben. Die in dem Fragekasten vorgeführten, auf örtliche Verhältnisse bezughabenden Fragen finden ihre Erledigung.

C. H. Mainz. Schon lange drängt es mich, meinen mit Galgenhumor gemischten Gefühlen, wie sie aus den hiesigen Verhältnissen entspringen, im Organe für Deutschlands Buchdrucker Ausdruck zu geben. Die jetzt schwebende Tariffrage läßt mich endlich den Schritt in die Öffentlichkeit wagen, die hiesigen Verhältnisse etwas ins Licht zu stellen. Der Ortsverein Mainz hat nach der neuesten Statistik ca. 100 Mitglieder. Daß solch eine starke Mitgliedschaft ein Vereinsstolz hat und Vereinsabende abhält, das ist selbstverständlich wird jeder Leser denken. Fehlgeldlosen! Hier gibt es nichts von alledem und was den Versammlungsbesuch betrifft, so ist dabei nicht auf die Hälfte, auch nicht auf ein Drittel der Mitglieder zu rechnen, sondern etwa 25 durchschnittlich finden es der Mühe wert, dieser ihrer Verpflichtung nachzukommen und zwar sind es immer dieselben. Daß unter solch traurigen Verhältnissen der kollegialische Zusammenhalt immer mehr verloren geht und der Kardinalpunkt unserer Vereinigung, der Tarif, wenig oder gar nicht beachtet wird, liegt auf der Hand. Wenn auch alle Mitglieder tarifmäßige Bezahlung haben, so herrschen doch in den hervorragensten Geschäften Zustände, die sich schwer mit dem Tarife vereinbaren lassen. So z. B. wird in den Druckereien Falk, Gottsleben und v. Zabern noch volle elf Stunden gearbeitet; speziell in der Falk'schen Druckerei stehen Mitglieder, welche am liebsten 15 Stunden schaffen würden, wenn das Thor nicht zugemacht würde. Von den in letztgenannter Druckerei stehenden ca. 20 Mitgliedern sind es vielleicht sieben, welche Interesse am Vereine haben und die Versammlungen besuchen; von den anderen hat man schon seit Jahren keinen mehr gesehen, man hört nur von ihnen und das was man hört ist nichts Gutes! Der dort zutage tretende Eigennutz soll sich so großartig entwickelt haben, daß keiner dem andern traut. Von der Druckerei Gottsleben steht man auch nur stets 5—6 Mitglieder in den Versammlungen. Daß bei diesen Mißständen in unseren eigenen Reihen im Fall einer ernsten Angelegenheit nichts Gutes herauskommen kann, sollte jedem der in Frage kommenden Mitglieder einleuchten. Das Solidaritätsgefühl ist hier so verunstaltet, daß behauptet wird, es sei bei einem eventuellen Vorgehen überhaupt nur auf etwa 40 Mitglieder zu rechnen, die für unsere Interessen voll und ganz eintreten, während die anderen unsere Reihen verlassen und sich hinter ihre „ewige“ Kondition zurückziehen würden. Es ist demnach die höchste Zeit, die hiesigen Kollegen auch einmal an ihre Pflichten als Vereinsmitglieder zu erinnern (wo es sich um Rechte handelt sind sie ja immer gleich bei der Hand), zumal bei der jetzt schwebenden Tariffrage. Schreiber dieses hofft, daß die hiesigen Kollegen beim Lesen dieser Zeilen sich die Frage vorlegen, ob sie allenthalten ihren Pflichten nachgekommen und hierbei bei der Erkenntnis gelangen mögen, daß dies durchaus

nicht der Fall war. Diese Selbsterkenntnis führt dann auch wohl zu dem Gelübniß, sich wieder am Vereinsleben zu beteiligen und fest und einig für die Prinzipien unseres Vereins einzustehen, denn der Verein vertritt unsere höchsten Lebensinteressen, ohne ihn ständen die Buchdrucker schon längst unter den gewöhnlichsten Handlangern. Daß die Prinzipale darauf ausgehen, uns den Kampf ums Dasein immer schwerer zu machen, steht man am besten in der großartigen Lehrlingszücherei. Deshalb müssen sich die Mitglieder wieder fester zusammenschließen, damit sie gleich einer geschlossenen Phalanx etwaigen Gelüsten in dieser Beziehung geent und kampfbereit gegenüberstehen. Dazu gehört vor allem gegenseitiges Vertrauen, damit ein jeder sich sagen kann: wir stehen alle für einen und einer für alle. — Die Berufsgenossenschaft der Deutschen Buchdrucker (dritte Sektion, Mainz) hat zu Delegierten und Sektionsvorstand bez. Vertrauensmann unter anderem auch die Herren Prickartz und Wallau in Mainz gewählt. Die Buchdruckerei Prickartz hat bei 13 Gehilfen nur 5 Vereinsmitglieder und die Druckerei Wallau ist ganz für Mitglieder geschlossen. Ich glaube, da ist ein weiterer Kommentar überflüssig. Möchte daher dieser Wahrheit nicht ungehörig verhalten und die Mitglieder bei der nächsten Versammlung, wo die Tariffrage auf die Tagesordnung kommt, nicht allein pünktlich und zahlreich sondern alle zusammenführen, um vor allem zu beschließen, daß in sämtlichen Druckereien bis zum 1. November d. J. die zehntägige Arbeitszeit eingeführt werde.

W. Neurode. Dem Wunsche des Essener Kollegen, nähern Aufschluß über das von mir in Nr. 101 des Corr. kurz mitgeteilte „Rechenexempel in bezug auf ärztliches Honorar“ zu erhalten, komme ich hiermit nach und bemerke, daß in dem angeführten Krankheitsfalle für Medizin u. s. w. rund 3,50 Mk., an ärztlichem Honorar 6,50 Mk. verausgabt wurden. Die tägliche Konsultation in der Wohnung des Arztes (Einspeln des Halses unter Zuhilfenahme des Reflektorspiegels) war notwendig, nahm aber immer nur wenige Minuten Zeit in Anspruch. Auf meine dem Doktor gegenüber ausgesprochene Verminderung über das etwas unerwartet niedrige Honorar (eine einzelne Konsultation kostet 50 Pf., doch ist anzunehmen, daß gut situierte Leute mehr zahlen müssen!) erklärte derselbe, „daß bei leichteren Krankheiten von längerer Dauer bekanntlich ein anderer Berechnungsmodus zu Grunde gelegt werde als bei schwierigeren Fällen, die in kurzer Frist erledigt würden“. Die Ausführung des betr. Arztes über die Honorarfrage wird so mancher Kollege aus eigener Erfahrung mit mir bestätigen können. Manche Ärzte in kleineren oder mittleren Städten nehmen bei Krankheiten von längerer Dauer in vielen Fällen gewissermaßen eine „Pauschalsumme“ als Honorar, deren Höhe sich verhältnißmäßig nach den finanziellen Verhältnissen der Patienten richtet. Daß die genannten Ärzte sehr oft niedrigere Tarifsätze anwenden müssen als ihre „Kollegen“ in größeren und fogar Großstädten ist selbstverständlich; sie können dies auch, um so eher als in kleineren Orten vor allem die Wohnungen billiger sind, eine Konkurrenz zwischen den Ärzten fast gar nicht in Betracht kommt, Kutscher, Pferd und Wagen erspart werden u. s. w. Offenlich sind nunmehr die Zweifel des aufmerksamen Einsenders aus Essen an der Richtigkeit meines Exempels beseitigt. „Eines schickt sich nicht für alle!“ es ist mir deshalb auch nicht in den Sinn gekommen, das „Exempel“ für alle Fälle als maßgebend hinzustellen; wenn die Notiz aber vielleicht dazu beitragen sollte, auch einige andere Kollegen, die in ähnliche Verhältnisse kommen, zu bestimmen, den Unterstützungsverein nicht bloß als „Versicherungsanstalt“ zu betrachten resp. die B. u. B. als erwerbsfähige Kranke wenn es irgend geht nicht in Anspruch zu nehmen, trotz der Berechtigung hierzu, so wäre der teilweise Zweck derselben schon erreicht. § Offenbach a. M. Am 11. September verschied nach 31-jährigem schweren Leiden (schon längere Zeit war sein Geist unmachtig) der Schriftgießer-Invalide Adam Elbert im Alter von 62 Jahren. Derselbe war Mitbegründer unseres Vereins, gründete im Jahr 1869 den Ortsverein, war längere Zeit Ortsvorsteher und vertrat stets warm die Interessen desselben. Er trat auch noch für seine speziellen Kollegen ein, als diese seinerzeit dem Vereine den Rücken fehrten und trug durch sein Auftreten und seine Aufmunterung viel dazu bei, daß die im März 1878 geplante Reduktion nicht zur Ausführung kam, ebenso war er 1873 für die Buchdrucker in allen Tariffragen thätig. Der Verstorbene war, solange er konnte, ein pflichttreuer und fleißiger Arbeiter und sein Charakter zeichnete sich im hohen Grade durch Opferwilligkeit aus. Wohl hat ihm der Tod die Erlösung gebracht von seinem unheilbaren Leiden, wir aber verloren einen braven und biedern Kollegen.